

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Französische Energiepolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1967) : Französische Energiepolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 5, pp. 244-247

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133714>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schule, im Familienkreis oder sogar auf der Straße aufzusuchen, um auf dem Boden der vorliegenden Bedürfnisse und Wünsche eine entsprechende berufliche Anpassung vornehmen zu können. Hauptanliegen dieser Einrichtungen ist somit der persönliche Kontakt mit den beruflich Unterentwickelten, nicht irgendein Regierungsprogramm. Daß die weitaus größten Anstrengungen in dieser Hinsicht auf dem Sektor der Jugendlichenbetreuung unternommen werden, liegt einerseits in der demographischen Struktur der amerikanischen Bevölkerung und andererseits im Umstand, daß die Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren die größte Begabungsreserve der Nation darstellen.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, diese über das ganze Land verstreuten Organisationen im Dienste der Begabtenförderung am Werke gesehen hat, ist von der geleisteten Arbeit beeindruckt. Trotzdem erhebt sich die Frage, ob der enorme finanzielle und personelle Aufwand auf lange Sicht die erwarteten Früchte tragen wird. An kritischen Stimmen über administrative Doppelspurigkeiten und Fehlleistungen

fehlt es in der Öffentlichkeit nicht. Eine Anzahl der Nutznießenden der Bildungs- und Umschulungskurse haben durch ihr Verhalten das von den Behörden in sie gesetzte Vertrauen schlecht belohnt. Außerdem fehlt es an genauen Erfolgskontrollen. So weiß man nicht, welches Kontingent der Ausgebildeten dauernd in das Berufsleben eingegliedert werden konnte. Demgegenüber kann das amerikanische Arbeitsministerium für sich in Anspruch nehmen, daß die Zahl der Berufstätigen im Steigen begriffen ist und daß die Arbeitslosenquote eine stetige rückläufige Tendenz aufweist. Sie ist von 6,8 % im Jahre 1961 auf heute 4,3 % gesunken. Die von den verantwortlichen Regierungsstellen unternommene Aufgabe ist zweifellos gewaltig. Während der verhältnismäßig kurzen Zeit, seitdem sie in Angriff genommen worden ist, sind keine spektakulären Ergebnisse zu erwarten. Es entspricht echtem amerikanischen Pioniergeist, daß die Größe der Aufgabe nicht abschreckt, sondern im Gegenteil neue Energien und Ideen weckt, das gesteckte Ziel mit Hartnäckigkeit und Zukunftsgläubigkeit zu verfolgen.

Französische Energiepolitik

Alfred Frisch, Paris

Trotz einer gewissen nationalen Akzentuierung zeichnet sich die französische Energiepolitik der letzten Jahre durch ein beträchtliches Maß an Flexibilität und Pragmatismus aus. So wurde die Kohlenförderung zwar subventioniert, um Übergangsschwierigkeiten zu mildern, die geplante Eigenförderung aber wurde drastisch reduziert. In der Erdölpolitik nahm man außerdem auf die prekäre Lage der Kohlengruben keine Rücksicht.

Im Energiesektor bemühte sich die französische Regierung früh um Ordnung und staatliche Lenkung. Veranlaßt hierzu wurde sie ursprünglich durch rein protektionistische Erwägungen zugunsten der Kohle gegen das Erdöl, später durch die notwendige Subventionierung der Kohlengruben und schließlich durch den Wunsch, einen möglichst hohen Grad nationaler Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen sowie die Folgen der unumgänglichen Abhängigkeit durch eine den Verhältnissen angepaßte geschickte Energiepolitik wenigstens einigermaßen zu neutralisieren. Da sich Frankreich für seine Unabhängigkeitspolitik seiner eigenen Grenzen sehr wohl bewußt ist, strebt es seit einiger Zeit zusätzlich nach europäischen Lösungen.

GESICHERTE ERDÖLVERSORGUNG

Die Erdölwirtschaft erhielt in Frankreich einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg ein ausgesprochenes Zwangskorsett, indem sich der Staat das Recht nahm, die Rohöleinfuhr global zu kontingentieren, die bewilligten Mengen auf die einzelnen Gesellschaften und Raffinerien zu verteilen sowie jede Errichtung einer neuen Raffinerie seiner ausdrücklichen Zustimmung unterzuordnen. Eigenartigerweise störte dieses protektionistisch-dirigistische System nicht die Expansion der französischen Erdölwirtschaft, weder in der Anlauf-

periode und noch weniger nach dem zweiten Weltkrieg, als das protektionistische Argument stark in den Hintergrund trat und nationalpolitische Erwägungen eine größere Rolle spielten. Es ist übrigens recht bemerkenswert, daß sich Frankreich seit Kriegsende für seine Erdölpolitik nie wieder durch Rücksicht auf die Kohlengruben beeinflussen ließ. Es erfolgte auch keine Verschiebung der Konkurrenzverhältnisse durch Steuern und Zölle. Diese besaßen stets rein fiskalischen und keinerlei wirtschaftspolitischen Charakter.

Die Energieknappheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Suezkrise mit einer höchst störenden Erdölrationierung ließen es den französischen Behörden als vordringlich erscheinen, alles zu unternehmen, um das globale Energieangebot zu steigern sowie dessen hohen Stand langfristig sicherzustellen. Man unterstützte daher mit erheblichen staatlichen Mitteln alle Erdöl- und Erdgasforschungsarbeiten, sowohl im Mutterland wie in den damals noch vorhandenen überseeischen Gebieten. Dieser systematischen Produktionsförderungspolitik sind die Entdeckung und schnelle Auswertung des Erdgaslagers von Lacq zu verdanken, die vorübergehende Steigerung der Eigenproduktion an Rohöl auf über 2 Mill. t und vor allem die Erschließung des algerischen Erdöl- und Erdgasreichtums. Gleichzeitig erhielten die ausländischen Erdölgesellschaften in Frankreich alle denkbaren Erleichterungen, um ihre

Raffinagekapazität auszudehnen. Erst in jüngster Vergangenheit stießen sie auf einige Schwierigkeiten infolge der nach der Entdeckung des Algerien-Erdöls einsetzenden Förderung der nationalen und meistens staatlichen Firmen. Die französische Regierung versuchte so, die Rohölversorgung der internationalen Konzerne zugunsten ihrer eigenen nationalen Gruppen einzuschränken, mußte sich aber dann weitgehend und schnell einer besseren Einsicht fügen.

STAATLICHE UND HALBSTAATLICHE UNTERNEHMEN

Eine Sonderstellung unter den nationalen Unternehmen nimmt die Compagnie Française des Pétroles ein, der einzige französische Konzern von internationaler Größenordnung. Ihre Rohölversorgung stützt sich sowohl auf Algerien wie auf Irak und Persien. Sie versucht ferner, zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit andere Produktionsquellen zu erschließen und unterhält zudem Raffinerien in einigen europäischen Ländern. Der Staat kontrolliert 35% ihres Kapitals, der Rest verteilt sich auf französische Groß- und Kleinaktiönäre. Eine Minderheitsbeteiligung von 35% müßte eigentlich ausreichen, um dem Staat eine so gut wie völlige Kontrolle der Compagnie Française des Pétroles zu sichern. Dies war jedoch bisher nicht der Fall, weil es die Geschäftsführung verstand, ihre Unabhängigkeit zu wahren und natürlich sorgfältig darum bemüht war, jeden offenen Konflikt mit dem Staat zu vermeiden. Die Compagnie Française des Pétroles fühlt sich auch in keiner Weise solidarisch mit dem noch zu erwähnenden und erst vor einigen Jahren aufgebauten staatlichen Erdölkonzern, den sie bis zum heutigen Tage als lästige Konkurrenz empfindet und dem sie außerdem ziemlich offen vorwirft, seine staatlich finanzierte Rückendeckung zu gewagten Transaktionen in der Erdölschürfung auszunutzen. Der Staat ließ aber die Gesellschaft in letzter Zeit wiederholt wissen, daß er auf ihre zumindest teilweise Koordinierung mit dem staatlichen Konzern Wert legt.

Das Erdöl Algeriens wurde sehr schnell zu einem hochpolitischen Faktor und beeinflusste die französische Energiepolitik stark. Als Frankreich Algerien die Unabhängigkeit zugestehen mußte, ging es darum, durch

eine geschickte Absatzpolitik für das algerische Erdöl die hierfür vorgenommenen Investitionen zu retten und Algerien gleichzeitig an Frankreich zu binden. Im Hintergrund stand von Anfang an die Tatsache, daß das algerische Erdöl zu leicht ist und außerdem seine Gesteungskosten über dem Weltmarktniveau liegen. Die stark in Mittelost in der Eigenproduktion engagierte Compagnie Française des Pétroles zeigte keine besondere Neigung, algerisches Erdöl über den ihr für ihre Beteiligung zufallenden Anteil hinaus abzunehmen. Die internationalen Konzerne wollten ihrerseits keine finanziellen Opfer bringen. Die französische Regierung konnte zwar erfolgreich von ihren verschiedenen Druckmitteln auf die Erdölwirtschaft Gebrauch machen, hielt es aber gleichzeitig für zweckmäßig, einen staatlichen Konzern aufzubauen, die Union Générale des Pétroles (UGP). Eine zweite Säule in der staatlichen französischen Erdölwirtschaft war die Société Nationale des Pétroles d'Aquitaine, die das Erdgaslager von Lacq ausbeutet und sich auch im Stickstoffgeschäft stark engagierte. Daneben gibt es ein staatliches Erdölforschungsbüro, das in Algerien über einige Beteiligungen verfügt. Den ganzen Komplex faßte der Staat 1965 in einem großen Konzern zusammen. UGP und Erdölforschungsbüro bildeten eine neue Gesellschaft, unter der Abkürzung E.R.A.P. bekannt. Über eine Personalunion in der Person des sehr einflußreichen und dynamischen Guillaumat erfolgte eine Verflechtung mit der Société Nationale des Pétroles d'Aquitaine. Guillaumat ist neuerdings auch Mitglied des Verwaltungsrates der Compagnie Française des Pétroles.

EUROPÄISCHE ZIELE

Als großes Problem betrachtet Frankreich die immer noch starke Abhängigkeit der europäischen Erdölversorgung von den amerikanischen Großkonzernen, deren Stellung durch die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes noch verstärkt wird, dies um so mehr, als das nationale französische Kontrollsystem auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann und infolgedessen nach französischer Ansicht möglichst bald durch eine gemeinsame europäische Erdölpolitik ersetzt werden muß. Hierfür schwebt Frankreich ein ver-



nünftiges Gleichgewicht zwischen einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den internationalen Konzernen und der Wahrung der elementaren europäischen Interessen vor. Im Grunde genommen möchte es seine bisherige eigene, zwar zielbewußte, aber auch geschmeidige Erdölpolitik auf Europa ausdehnen. In Anbetracht dieser Politik hätte Frankreich sowohl eine Stärkung der nationalen deutschen Erdölgesellschaften wie eine weitgehende deutsch-französische Verflechtung gewünscht. Schon vor über zehn Jahren waren eifrige Bemühungen im Gange, deutsche Firmen zur Beteiligung an Erdölgesellschaften in Algerien zu veranlassen. Die erzielten Ergebnisse blieben bescheiden. Ein schwerer Schlag war für die französische Erdölpolitik der Verkauf der DEA-Mehrheit an die amerikanische Texaco. Zu spät wurde sich die Compagnie Française des Pétroles ihrer Möglichkeit bewußt, an Stelle der Texaco mit der DEA zusammenzuarbeiten. Frankreich verspielte diese Chance infolge ungenügender Information und mangelnder kaufmännischer Dynamik der Verantwortlichen seines halbstaatlichen Konzerns. Einige Zeit vorher wurde der gleichen Compagnie Française des Pétroles das Aral-Vertriebsnetz in Deutschland zum Kauf angeboten. Auch in diesem Falle versagte sie, was jetzt an hoher französischer Stelle lebhaft bedauert wird. Nun weiß man nicht mehr recht, wie man zu einer sinnvollen europäischen Erdölpolitik, die nicht nur protektionistische Gesichtszüge trägt, gelangen könnte. Zunächst fühlt sich Frankreich verpflichtet, mit allen Mitteln seine nationalen Gesellschaften international widerstandsfähig zu gestalten, damit sie sich auf einem geeinten europäischen Markt ohne weiteres durchzusetzen vermögen.

KEINE BEGUNSTIGUNG DER KOHLE

Die französische Kohlenpolitik begann mit der Verstaatlichung der finanziell und technisch stark heruntergekommenen Gruben im Jahre 1945. Als etwa ab 1958 die europäische Kohlenknappheit dem Überschuß wich, entschloß sich Frankreich ebenso schnell wie energisch zu einer Umkehrung seiner Produktionspolitik. Das ursprünglich für 1975 festgesetzte Planungsziel einer Eigenförderung von 75 bis 80 Mill. t wurde drastisch in eine Produktionseinschränkung umgewandelt, mit einer wahrscheinlichen Stabilisierung der Förderung bei rund 50 Mill. t.

Trotz aller Produktivitätserfolge ist aber ein guter Teil der französischen Kohlenproduktion international nicht konkurrenzfähig, weshalb Frankreich um hohe Subventionen zur Deckung der Fehlbeträge der Kohlengruben nicht herumkommt, um so weniger als die Löhne und andere Kosten steigen, während die Preise kaum heraufgesetzt werden können. Es wäre daher nicht überraschend, wenn noch vor 1970 der Beschluß gefaßt würde, die Förderung weiter absinken zu lassen, vielleicht bis auf 40 Mill. t. Inzwischen gestattet Frankreich den Großabnehmern der Kohlengruben, einen Teil ihres Bedarfs auf dem billigen Weltmarkt zu decken, sofern sie sich verpflichten, langfristig feste Mengen französischer Kohle abzunehmen. Der Stahlindu-

strie wurde das ergänzende Zugeständnis einer Ausgleichszahlung für französische Kohle gemacht, damit sie sie zu internationalen Preisen erhält und gegenüber ihrer italienischen Konkurrenz nicht mehr benachteiligt ist.

Unabhängig hiervon wartet Frankreich gerade für Kohle dringend auf die Verwirklichung einer europäischen Energiepolitik. Nach seinen Vorstellungen wäre es falsch, die Kohle künstlich gegen das Erdöl zu schützen. Man müßte sich innerhalb der Montanunion darüber klar werden, welche Eigenproduktion aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erforderlich ist, um anschließend die Kosten dieses langfristigen Produktionsplanes aufzustellen, sowohl für die anderweitige Unterbringung der Arbeitskräfte infolge der Stilllegung von Gruben, wie für nötige Subventionen der Produktion, damit die Wirtschaft nicht durch hohe Energiepreise belastet wird. Ein gemeinsamer europäischer Fonds dürfte zur Verwirklichung dieser Energiepolitik unentbehrlich sein.

ATOMENERGIE UND EUROPÄISCHE KONZEPTION

Die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, Euratom, war 1955 einer französischen Initiative zu verdanken. Obwohl Frankreich gegenüber seinen europäischen Partnern über einen erheblichen Vorsprung in der Atomforschung verfügte und schon damals entschlossen war, Atomwaffen herzustellen, glaubte es, allein der angelsächsischen Konkurrenz nicht gewachsen zu sein und suchte um so eifriger eine europäische Rückendeckung, als alle seine für die Energiepolitik Verantwortlichen der Überzeugung waren, daß Europa auf eigene Leistungsreaktoren dringend angewiesen ist, wenn es sich eine einigermaßen unabhängige Energieversorgungsgrundlage schaffen will. Trotz einiger kritischer Fehlschläge setzte Frankreich sehr früh und sehr entschieden auf die Atomenergie und investierte erhebliche Mittel in die Reaktorenforschung, wobei es von Anfang an sein Interesse der Zukunftstechnik, nämlich den Brutreaktoren und der Fusionsenergie, zuwandte. Diesem Programm ist Frankreich bis zum heutigen Tage treu geblieben. Es wird methodisch verwirklicht. In Zukunft werden die staatlichen Elektrizitätswerke fast jedes Jahr einen Großreaktor mit steigender Leistungsfähigkeit (500 bis 1500 Megawatt) in Dienst stellen. Ebenso methodisch wird die nationale Uraniumförderung ausgebaut, um — falls die Einfuhr natürlichen Uraniums mit politischen Bedingungen oder mit störenden Kontrollforderungen verbunden werden sollte — den Gesamtbedarf aus eigenen Quellen decken zu können.

Für die Uraniumversorgung steht Frankreich nicht nur das Mutterland zur Verfügung, sondern auch sein ehemaliges Kolonialreich. Vor allem Gabun und Madagaskar erteilten französischen Gesellschaften vielversprechende Konzessionen zur freien Ausbeutung. Paris scheint ergänzend zu seinen eigenen Anstrengungen für die Uraniumerzeugung und -verwertung zuverlässige europäische Partner, die zu einer bilateralen oder multilateralen Zusammenarbeit außerhalb des ameri-

kanischen Kontrollsystems bereit sind, zu suchen. Deswegen unterstützt es sehr eifrig die Kernenergieerzeugung in Spanien, indem es zu günstigen, langfristigen Kreditbedingungen Spanien ein Großkraftwerk liefert und auch bereit ist, zunächst einen Teil des anfallenden und den spanischen Bedarf übersteigenden elektrischen Stroms zu übernehmen. Außerdem würde Frankreich innerhalb von Euratom eine europäische Gemeinschaftsaktion für großzügige Uraniumerschürfungen durchaus begrüßen.

Da verantwortliche französische Stellen davon überzeugt sind, daß die Leistungsfähigkeit der französischen und auch der europäischen Wirtschaft von den zukünftigen Energiekosten stark beeinflußt wird und daß außerdem die europäische Wirtschaft technisch in Rückstand gerät, wenn sie nicht in der Lage ist, Großreaktoren zu bauen und zu exportieren, wünscht Frankreich eine Konzentration der Euratom-Anstrengungen auf die Reaktorenforschung als den Ausgangspunkt für eine koordinierte und sinnvolle kontinentale Zusammenarbeit, gegebenenfalls natürlich auch unter Beteiligung Großbritanniens. Die französische Regierung hält es für verhängnisvoll, wenn sich die europäische Wirtschaft vorwiegend auf amerikanische Reaktoren verläßt. Euratom muß außerdem nach französischer Ansicht unbedingt als Versorgungs- und Kontrollagentur für die von den europäischen Mit-

gliedstaaten benötigten Kernbrennstoffe erhalten werden, entgegen dem amerikanischen Versuch, die Kontrolle der Atomkraftwerke zur Ausschaltung jedes militärischen, atomaren Risikos der Atomenergie-Agentur der Vereinten Nationen in Wien zu übertragen.

Selbstverständlich ist sich Frankreich, wie bereits erwähnt, der Grenzen einer nationalen Energiepolitik, besonders im atomaren Bereich, voll bewußt. Es sieht daher in der Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik eine vordringliche Aufgabe. Seinen Vorstellungen nach müßte sich eine derartige koordinierte Politik von zwei Richtlinien leiten lassen: Sicherung der Versorgungsquellen und möglichst niedrige Energiepreise. Man ist sich über den Widerspruch, der zwischen den beiden Zielen besteht, durchaus im klaren, glaubt ihn jedoch durch eine dynamische Versorgungspolitik, verbunden mit vorübergehenden Subventionen für Kohle, überwinden zu können. Dazu ist besonders eine gemeinsame Förderung der europäischen Reaktorenforschung notwendig, um die Gestehungskosten der in Zukunft ausschlaggebenden Atomenergie auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Frankreich hält es ferner für wenig zweckmäßig, die einzelnen Zweige der europäischen Energiepolitik gesondert zu behandeln und zum Beispiel das Kohlenproblem zu isolieren. Nur eine Gesamtlösung könnte langfristig befriedigend sein.

Flaggendiskriminierung durch lateinamerikanische Schiffahrtspolitik

Dr. Werner K. Tillmann, Bogotá

Als Bundesverkehrsminister Georg Leber sich Mitte Februar 1967 anlässlich der Einweihung eines neuen Lagerhauskomplexes im Hamburger Hafen gegen den sich in Lateinamerika immer stärker ausprägenden Flaggenprotektionismus und die damit einhergehende Flaggendiskriminierung wandte, wurde erstmalig von offizieller deutscher Seite der Blick auf eine Entwicklung gerichtet, die 1962 ihren Anfang nahm und seitdem immer mehr zum Sorgenkind der internationalen Lateinamerika-Schiffahrt geworden ist. Wenn auch bekannt ist, daß die seit Ende des zweiten Weltkrieges entstandenen neuen Staaten in aller Welt eine protektionistische Schiffahrtspolitik verfolgen, so dürfte diese Tendenz aber nirgendwo stärker sein als in Lateinamerika, wo sie infolge der Existenz der lateinamerikanischen Freihandelszone (ALALC) und des die gemeinsamen Interessen wahrnehmenden Verbandes lateinamerikanischer Reeder (ALAMAR), der maßgeblich die Gestaltung der maritimen Politik der einzelnen Mitgliedstaaten beeinflußt, besonders große Unterstützung erfährt. Die Vorgänge in Lateinamerika ver-

dienen also besondere Beachtung, weil nicht nur ein Land, sondern eine supranationale Interessengruppe hinter ihnen steht.

ANFÄNGE DER PRÄFERENZPOLITIK

Die Bemühungen, das regionale Frachtaufkommen des Subkontinents in Zukunft möglichst weitgehend den eigenen Reedereien zuzusprechen, haben in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Sie bestätigen die seit längerem schon geäußerten Befürchtungen der Drittländerschiffahrt, eines Tages aus dem Lateinamerikaverkehr verdrängt zu werden. Erste Überlegungen zur Schaffung eines allgemeinen lateinamerikanischen Schiffahrtsabkommens gehen auf Untersuchungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) zurück. Der Vertrag von Montivideo (ALALC-Vertrag) enthält keine direkten Bestimmungen über den Seetransport. 1962 kam es auf der zweiten ALALC-Jahreskonferenz in Mexiko zur Annahme von drei Empfehlungen, die für die Flotten der Partnerländer ein Prä-